

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Auswärtigen und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen für das Erzgebirge nehmen die Auswärtigen und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 27

Mittwoch, den 2. Februar 1927

22. Jahrgang

Hergt Reichsjustizminister, v. Reubell Reichsminister des Innern.

Berlin, 31. Januar. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Marx den Staatsminister a. D. Hergt, Mitglied des Reichstages, zum Reichsjustizminister und stellvertretenden Reichskanzler, den Landrat a. D. Dr. v. Reubell, Mitglied des Reichstages, zum Reichsminister des Innern ernannt.

Die erste Kabinettsitzung.

Berlin, 31. Jan. (Amtlich.) Das Reichskabinettrat unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen, in der im Hinblick auf die noch heute zu treffenden Entscheidungen der Vorkonferenz die Frage der Pariser Verhandlungen über die Diktierungen beraten wurde. Das Kabinettsitzung genehmigte auf Grund der Vorträge der beteiligten beiden Ressortminister die an General v. Pawelz zu richtenden Instruktionen.

Die neuernannten Minister, die die Geschäfte noch nicht übernommen hatten, nahmen an der Sitzung nicht teil.

Reichsfinanzminister Köhler über sein Programm

Karlsruhe, 31. Jan. Dr. Köhler verabschiedete sich heute im Staatsministerium von den Vertretern der Presse. Er hielt dabei eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Feststehend auf dem Boden der republikanisch-demokratischen Staatsverfassung, wie er in der Verfassung von Weimar gegeben ist, werde ich die wirtschaftspolitischen und sozialen Grundsätze, die mir in meiner Amtsführung im Lande Baden maßgebend waren, auch im Reich zu verwirklichen suchen. Das arme, notleidende Volk in allen Schichten soll in dem Reichsfinanzminister Köhler auch in Berlin seinen Fürsprecher haben. Was ich Ihnen in diesen sieben Jahren war, und was ich bin, das werde ich auch bleiben, und niemand hat ein Recht, bis zum Beweis des Gegenteils an dieser meiner aufrichtigen Gesinnung zu zweifeln. Ich habe im Lande Baden keine fiskalische Finanzpolitik getrieben, sondern sie in den Rahmen unserer Gesamtwirtschaft, unserer sozialen und kulturellen Entwicklung gestellt. Das wird auch in Zukunft nicht anders sein.

Der Wehrwolf in Berlin aufgelöst.

Wie der Vorsitzende des Landesverbandes Groß-Berlin der Organisation „Der Wehrwolf“ in einem Rundschreiben allen Gliederungen des Landesverbandes mitteilt, hat der Bundesvorsitzende der Organisation, Studienrat Koppke in Halle, den Landesverband Groß-Berlin und sämtliche Berliner Ortsgruppen des Wehrwolves „mit einem treudeutschen Wehr-Heil“ aufgelöst. Wenngleich wir anerkennen, so heißt es in dem Schreiben, daß der Landesführer von Groß-Berlin, Kamerad Tourneau, sein Möglichstes getan hat, um die Anordnungen der Bundesleitung in betr. sportlicher Betätigung zur Durchführung zu bringen, so zeigen die letzten Ereignisse, daß sich in die Berliner Gruppen so viel untaugliche Elemente eingeschlichen haben, daß wir als verantwortliche Leitung des Wehrwolves die Verantwortung für die augenblickliche Gliederung nicht mehr zu tragen vermögen. Verschiedene, allerdings sonst belanglose Schreiben zeigen, daß junge Kameraden, die noch nicht einmal Soldat waren, sich Ausdrücke bedienen, die ihrer Verehrung für das Soldatentum alle Ehre machen, die aber Unfug sind, weil sie aus dem Rahmen der Wehrwolfbewegung fallen und in Anbetracht der Jugend der Kameraden nur eine überflüssige Spielerei bedeuten. Wir lösen hiermit sämtliche Berliner Ortsgruppen und damit auch den L. S. Groß-Berlin auf.

Reichsminister Dr. Rütz verabschiedet sich von den Beamten des Reichsministeriums des Innern.

Berlin, 31. Januar. Reichsminister Dr. Rütz verabschiedete sich heute mittag von den Beamten und Angestellten des Reichsministeriums des Innern mit warmen Worten des Dankes für die verständnisvolle und pflichttreue Zusammenarbeit und mit dem Wunsche, daß es dem Amte beschieden sein möge, das in ihm vorhandene hohe Maß von praktischer Erfahrung, von Sachkunde und von Pflichterfüllung, frei von allen Hemmungen und Bindungen eines fortgeschrittenen Wechsels in der Leitung und frei von allen einseitigen Bindungen in harter Zusammenfassung und Geschlossenheit den großen Aufgaben unseres Staats- und Volkslebens dienstbar zu machen.

Staatssekretär Dr. Zweigert erwiderte namens der Beamtenschaft in einer längeren Ansprache. Er wies hierbei insbesondere auf das vertrauensvolle Verhältnis hin, das den Minister mit sämtlichen Beamten des Ministeriums verbunden habe und gab dem Wunsche der Beamtenschaft auf eine fernere lebhafte amtliche und politische Wirksamkeit des Ministers herzlichen Ausdruck.

Kroftas Abschied vom Reichspräsidenten.

Berlin, 31. Jan. Bei der Ueberreichung des Abberufungsschreibens des tschechoslowakischen Gesandten, Prof. Krofta, bezeichnete dieser, wie die deutsche diplomatische politische Korrespondenz berichtet, in einer kurzen, an den Reichspräsidenten gerichteten Ansprache den großen Umschwung, der im Verhältnis Deutschlands zum übrigen Europa in den letzten beiden Jahren eingetreten ist. Desgleichen sprach er von der sehr günstigen Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei und gab dem Reichspräsidenten die Versicherung, daß er in seinem neuen Wirkungsgebiet im Prager Außenministerium nicht ablassen werde, für die Erhaltung und Stärkung des guten Verhältnisses beider Staaten tätig zu sein. Der Reichspräsident stellte in seiner Erwiderung fest, daß sich die Völker Europas immer deutlicher dessen bewußt werden, daß bei gegenseitigem Verständnis durch Beseitigung unbegründeten Mißtrauens und Abschaffung aller unnötigen Schranken des Handels und Verkehrs dem europäischen Interesse und den Interessen der eigenen Volksgemeinschaft am besten gedient wird.

Fünf Millionen an die Hohenzollern.

Nach dem Vertrage zwischen dem Hause Hohenzollern und Preußen ist die zweite Rate der preussischen Zahlungen an das Haus Hohenzollern in Höhe von fünf Millionen Mark am 1. Februar fällig. Wie eine Korrespondenzmeldung besagt, ist die Ueberweisung dieses Betrages durch den preussischen Staat bereits erfolgt. Die letzten fünf Millionen sind am 3. Mai fällig.

Der Abänderungsantrag zum Freigabegesetz vom Finanzausschuß des Senates angenommen.

Washington, 31. Jan. Nach einer Meldung der „Associated Press“ hat der Finanzausschuß des Senates dem Abänderungsantrag zum Freigabegesetz, durch den statt 20 Prozent 40 Prozent des Eigentums zur Befreiung von Ansprüchen amerikanischer gegen deutsche Staatsbürger zurückgehalten werden, zugestimmt.

Die deutsch-französischen Restpunktverhandlungen.

Paris, 31. Jan. Wie Habas berichtet, hat das interalliierte militärische Komitee heute nachmittags 5 Uhr die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten wieder aufgenommen. Die Vorkonferenz wird erst morgen vormittag von dem Bericht Kenntnis nehmen, den seine Sachverständigen ausgearbeitet haben.

Die Sitzung des interalliierten militärischen Komitees.

Paris, 31. Jan. General v. Pawelz und General Forster haben heute nachmittags von 5 Uhr bis abends 8 Uhr mit dem interalliierten militärischen Komitee unter Vorsitz des Marschalls Foch verhandelt. Die Verhandlungen haben zu einer Klärung der Situation geführt. Wie Habas berichtet, wird das interalliierte Komitee morgen vormittag um 9 Uhr nochmals zu einer Sitzung zusammentreten. Um 11 Uhr wird die Vorkonferenz gleichfalls zusammentreten, um ihre Entscheidung über die beiden letzten Punkte des Entwaffnungsproblems zu treffen. Der diplomatische Redakteur der Habas glaubt sagen zu können, daß die Verhandlungen sich so gestaltet hätten, daß sie zu einer Einigung führen würden, so daß die Vorkonferenz morgen in der Sitzung feststellen könne, daß Deutschland seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt habe.

Die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission beendet.

Berlin, 31. Jan. Entsprechend der in Genf am 12. Dezember vorigen Jahres getroffenen Vereinbarung findet die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission am heutigen Tage ihr Ende. Demgemäß werden auch die für den Verkehr mit dieser Kommission besonders eingerichteten Organisationen des Reichswehrministeriums heute aufgelöst.

Rücktritt des Danziger Völkerbundskommissars?

Das „Allgemeine Handelsblatt“ in Amsterdam berichtet, daß der Danziger Völkerbundskommissar van Hamel „aus persönlichen Gründen“ von seinem Amt zurücktreten werde.

Colban noch in Oberschlesien.

Berlin, 31. Jan. Der Direktor des Völkerbundesrates Colban, der bereits am 25. Januar wieder in Genf sein wollte, hat seine Inspektionsreise in Oberschlesien bis zum 6. Februar ausgedehnt. In Katowitz verhandelte Colban am Sonntag mit dem polnischen Vizepräsidenten Bartels über die Minderheitenschule. Auch hier ist es nicht gelungen, Polen zu einer Befolgung der Entscheidung des Präsidenten Calonder zu bringen. Ende der Woche trifft Colban in Berlin ein.

Leidensgenossen Moldins.

Berlin, 31. Jan. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ aus Vogen berichten, sind seitens der italienischen Behörden der Rechtsanwalt Dr. Risoluffi und der Kanonikus Gauper, beide bekannte Führer der Deutschenbewegung in Südtirol, verwahrt worden. Man befürchtet, daß diesen beiden Männern das gleiche Schicksal wie dem Rechtsanwalt Moldins beschieden wird.

Die Berliner Presse zum Ausfall der thüringischen Wahlen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt es töricht, leugnen zu wollen, daß die Ordnungsparteien eine starke Schwächung ihres Einflusses gegenüber der Linken erlitten haben, daß auf diese Weise das vor drei Jahren so erfolgversprechend begonnene Werk der staatlichen Aufbauarbeit aufs Schwerste gefährdet ist. Die Schuld an dieser allgemeinen Berührung der Lage tragen einzig und allein die staatsbürgerlichen Kreise. Die „Tägliche Rundschau“ spricht die Befürchtung aus, daß der neue thüringische Landtag ähnliche Schwierigkeiten haben werde, eine tragfähige Mehrheit für die Regierung zu finden, wie der neue sächsische Landtag. Nach Aufzählung der verschiedenen Kombinationen zur Regierungsbildung erklärt das Blatt, es fehlt bereits nicht an Stimmen, die von der Notwendigkeit einer Auflösung des eben gewählten Landtages sprechen. Die „Germania“ schreibt: Man habe verschiedentlich geglaubt, die Thüringer Wahlen als Maßstab für die Beurteilung der Reichspolitik, vor allem auch für die Aufnahme der neuen Reichsregierung betrachten zu können. Wenn natürlich die Reichspolitik hier und da herangezogen wurde, so lag das Hauptgewicht doch auf der Landespolitik oder vielmehr auf der Betonung wirtschaftlicher Verhältnisse. Das „Berliner Tageblatt“ überschreibt seinen Artikel über das Ergebnis der Thüringer Wahlen mit den Worten: Quittung für drei Jahre Rechtsblock. Der „Bourgeois“ schließt seine Betrachtung mit den Sätzen: Der Rechtsblock hat mehr als ein Drittel seiner Stimmen verloren. Wenn er trotzdem in Thüringen einwollen am Ruder bleiben sollte, so würde dafür die kommunistische Partei restlos die Verantwortung zu tragen haben.

Preußen, der feste Kern der deutschen Verwaltung.

Paris, 31. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“, Mortane, der eine Studienreise durch Deutschland unternimmt, veröffentlicht heute Aeußerungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun. Dieser betont darin die republikanische und demokratische Einstellung der preussischen Staatsorgane und des preussischen Verwaltungskörpers. Die preussische Regierung könne sich auf diese zwei Pfeiler stützen und ebenso auf eine zwar kleine, aber genügende und durchaus republikanische Mehrheit im Parlament. Preußen könne nicht nur als der feste Kern der deutschen Verwaltung, sondern auch als die stärkste Stütze der Politik des Deutschen Reiches betrachtet werden. Alle Bemühungen der Monarchisten und Kommunisten würden an der republikanischen Festigkeit der preussischen Regierung scheitern. Die preussische Regierung habe von Anfang an in der energischsten Weise die Politik unterstützt, die Rathenau und Stresemann hinsichtlich des Völkerbundes betrieben hätten. Sie werde mit allen ihren Kräften in diesem Sinne weiterarbeiten, damit die Politik von Locarno, Genf und Locarno zu ihrem logischen Ziel gelange, der Wiederverständigung und dem Frieden unter den Völkern.